

IK-	KORR	<p>Hrsg.: Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS Arbeitsgemeinschaft in der GBM e.V.</p> <p>Postfach 790103, 13015 Berlin</p>	1/2001
Insiderkomitee			Februar

Jour fixe im Januar:

Weshalb gab es im Krisenherbst des Jahres 1989 in der DDR keinen "Platz des himmlischen Friedens"?
Politische und mentale Gründe der unterbliebenen Waffengewalt.

Die Fragen des Themas sind schon oft gestellt und besprochen worden, im Tonfall zeithistorischen Forschens, auch in dem der Verwunderung, des Staunens, sogar – es ist mir 1991 von "ganz links" tatsächlich passiert – des Vorwurfs. Fraglich war, wie weit es in unserem Diskussionskreis möglich sein würde, dazu mehr zu leisten als Wiederholung. Offenbar war solche Hoffnung verbreitet, wie die große Zahl der Erschienenen zeigte, darunter unser bisher weitestgereister Gast; ein Zeithistoriker von der Universität Chikago.

Daß es eine lebhaft und lohnende Diskussion wurde, hatte damit zu tun, daß nicht nur Ansichten zum Thema vorgetragen wurden. Gleichsam dokumentarisch wurde eigenes Erleben von Zeugen und Mitgestaltern der Ereignisse im Herbst 1989 und zu Beginn des Jahres 1990 geschildert - einschließlich ihrer *damaligen* Reflexion des Erlebten. In den Ausführungen von Dr. Wolfgang Schwanitz und Kurt Zeiseweis sowie in Diskussionsbeiträgen von Insidern wurde der Anteil sehr unterschiedlicher politischer Kräfte erkennbar, daß der Umbruch in der DDR "schieß- und galgenfrei" verlief, wie es Kurt Zeiseweis in Präzisierung des häufig benutzten, doch beschönigenden "gewaltfrei" bezeichnete. So schilderte Dr. Schwanitz, wie im Dezember 1989 Vertreter der Bürgerbewegung an ihn als Leiter des AfNS mit der dringlichen Bitte herantraten, die Vernichtung von Akten im MfS sofort zu stoppen. Denn einflußreiche Kräfte schürten Stimmungen, dem von außen ein gewaltsames Ende zu setzen. Um einer Eskalation von Gewalt vorzubeugen, wurde diesem Anliegen entsprochen. Zwecks Deeskalation wurden alle Bürgerkomitees davon schnellstens unterrichtet. Trotzdem begann am nächsten Tage (in Erfurt) die Besetzung von Bezirksverwaltungen des MfS.

Im Spektrum der Reaktionen gab es verschiedentlich von Mitarbeitern des MfS Forderungen, solchen Besetzungen mit Waffengebrauch zu begegnen. Durch die ganz überwiegende Mehrheit der MfS-Mitarbeiter wurden in Übereinstimmung mit den Leitern der Dienstseinheiten und dem Leiter des AfNS solche Stimmungen sofort erstickt.

Dr. Schwanitz zeigte die Brisanz der damaligen Lage und die manchmal stündliche Gefahr ihres Kippens durch Erinnerungen an Vorspiel und Verlauf der MfS-"Erstürmung" am 15. Januar 1990. Angesichts der für den Abend angekündigten "Aktionskundgebung" vor dem MfS-Eingang Ruschestraße heizte Pfarrer Eppelmann die Stimmung mit der Nachricht an, das MfS habe einen Güterzug voller Akten nach Rumänien geschafft. (Es hat sich nie jemand gefunden, der den Zug gesehen hätte, nicht einmal sein Erfinder hat ihn wieder erwähnt – die Erfindung hatte am 15. Januar ihre Schuldigkeit getan.) Keine Erfindung, aber heute ungerne erwähnt: zu diesem Zeitpunkt war das AfNS noch voll bewaffnet. Daß dieser Tag nicht der Anfang vom Ende des Vermeidens militärischer Gewalt wurde, ist ganz ausschließlich der Befehlsgebung und der disziplinierten Befehlsausführung im AfNS zu danken, in dem an diesem Abend nur eine geringe Anzahl unbewaffneter Mitarbeiter verblieb.

In der Summe der Beiträge des Abends wurde ein komplexes Gefüge von Gründen für die Nichtanwendung von Waffengewalt sichtbar. Übereinstimmung bestand, daß die verschiedensten mitwirkenden Kräfte daran Anteil hatten: der politisch aktiv gewordene Teil der Bevölkerung unter Führung der Bürgerbewegung, Teile der Bürgerrechtler, Repräsentanten der Kirchen, die politische Führung in der DDR und deren bewaffnete Organe, vor allem auch die Nationale Volksarmee, die Sowjetunion mit ihrem Nicht-Eingreifen. Ein nicht erwähnter Aspekt, den ich jedoch nicht ungenannt lassen möchte, war auch das Verhalten der westlichen Mächte, denen es – bei gegebenem Willen dazu – in der damaligen Situation wohl kaum schwer gewesen wäre, eine Eskalation zu provozieren.

Was die spezifischen Gründe dafür waren, daß es seitens des MfS/AfNS nicht nur keinen Waffengebrauch gab, sondern alles getan wurde, um es keinesfalls dazu kommen zu lassen, stand naturgemäß im Mittelpunkt der Diskussion.

Sichtbar wurde, daß die Gegensätze zwischen den Mitarbeitern des MfS und den Demonstranten des Herbstes 1989 nicht so unüberbrückbar waren, wie äußerer Anschein vermuten ließ. Die Angehörigen des MfS lebten unter gleichen Bedingungen und auf nicht wesentlich andere Weise als ein großer Teil der übrigen Bevölkerung. Auch bei ihnen waren zunehmende Zweifel spürbar, ob die DDR so weiter bestehen könnte. Nicht alle, aber auch nicht wenige verbanden mit Perestroika und Glasnost die Hoffnung auf ein Aufbrechen von Verkrustungen. Seit Sommer 1989 nahmen die Enttäuschung über die offenbare Unfähigkeit der Partei- und Staatsführung und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Landes zu. Möglicherweise mißbraucht worden zu sein und weiter mißbraucht zu werden, hörte auf, undenkbares Tabu zu sein. Der zerbröselnde Wille, bedingungslos der SED-Führung zu folgen, traf zusammen mit dem Wunsch und der Hoffnung auf einen besseren Sozialismus, der sich auch in Losungen der Massenaktionen - zumindest bis Anfang November 1989 - ausdrückte. Gewalt gegen das Volk war mit dieser Mitarbeiterschaft des MfS nicht zu machen, das wurde auch der Spitze des MfS klar. Die überwiegende Mehrheit der MfS-Mitarbeiter hatte verinnerlicht, aus dem Volke zu kommen und sich als sein Teil zu verstehen.

Kurt Zeiseweis wie u.a. auf einen Aspekt hin, der nach seiner Beobachtung nicht ohne Einfluß auf die psychische Verfassung von MfS-Mitarbeitern in dieser Zeit war: das Fehlen von Angst vor Vergeltung. Von einigen Ausnahmen abgesehen, konnten sie davon ausgehen, sich bei der Ausführung ihrer Aufgaben korrekt in Übereinstimmung mit der Rechtsordnung verhalten zu haben, so daß es für niemanden Grund gab, an ihnen persönliche Rache nehmen zu wollen. Auch wenn im bereinigten offiziellen Geschichtsbild nur Gewalt von Polizei und MfS vorkommt, gab es Fälle verbaler und tätlicher Übergriffe gegen MfS-Mitarbeiter und deren Familienangehörige. So wie es auch unter "Bürgerrechtlern" einige gab, die öffentlich bedauerten, daß niemand gehängt wurde. Verantwortungsbewußte Leiter der Dienststellen und Diensteinheiten des MfS beugten der Gefahr vor, daß aus Angst und Wut eine Gewalteskalation entstehen könnte. Denn in der aufgeheizten Situation konnte ein Schuß genügen, um die politische Steuerbarkeit der Ereignisse unmöglich zu machen und vielleicht das ganze Land in einen blutigen Bürgerkrieg zu stürzen.

Klaus Panster